

# DAS THEMA

## ZU DEUTSCHEN ZUSTÄNDEN (1)

Mehrheiten - wer erlangt sie, mit wem? Wer bleibt draußen?

### Bundestag Politik

#### [AfD übernimmt Vorsitz in drei Ausschüssen](#)

23.01.2018 Die AfD- Fraktion übernimmt den Vorsitz von drei Ausschüssen des Bundestages: Dem Haushaltsausschuss, sowie den Ausschüssen für Recht und Verbraucherschutz und Tourismus.

#### [Union und FDP verhelfen AfD zur Mehrheit](#)

01.02.2018 AfD- Abgeordneter Boehringer ist Chef des Haushaltsausschusses. Bei einer Abstimmung erhielt Boehringer die Stimmen seiner AfD sowie der FDP. Die LINKE votierte gegen den AfD-Abgeordneten, Union, SPD und Grüne enthielten sich.

#### [AfD im Kontrollgremium](#)

02.02.2018 Der AfD- Kandidat Roman Reusch ins Geheimdienst-Kontrollgremium des Bundestages gewählt worden. Reusch lag über der erforderlichen Marke von 355 Stimmen.

### Gegen Antisemitismus – aber ohne die LINKE

Gemeinsamer Antrag von Union, SPD, Grünen und FDP lässt die Linksfraktion außen vor

Der Bundestag verabschiedete am Donnerstag einen Antrag, der den Kampf gegen Antisemitismus eine bessere Grundlage stellen soll. Die LINKE enthielt sich. Das hat nicht nur inhaltliche Gründe.

Von Fabian Lambek

Es gibt Anträge, denen kann die Linksfraktion eigentlich nur zustimmen. So etwa dem gemeinsamen Vorstoß von Union, SPD, FDP und Grünen unter dem Titel »Antisemitismus entschlossen bekämpfen«, der am Donnerstag im Parlament behandelt wurde. Damit wollte man, so heißt es bei den Initiatoren, auch die Entfaltungen des »Unabhängigen Expertenkreis Antisemitismus« und

Das Papier sieht unter anderem einen Antrag auf die Schwach- und Dänen das dem wohl ge- kti- fts- am un- nen v- tion v- als und  
Der Parlamentarische Geschäftsführer der LINKEN, Jan Korte, hatte den Ausschluss seiner Partei am Dienstag als »politisch beschämend« kritisiert. Er fühle sich »persönlich angegriffen«, so Korte. Besonders enttäuscht zeigte er sich über die Grünen und die SPD, die das Spiel der Union mitspielten, die LINKE und die AfD als politische Extremisten von links und rechts zu isolieren.

Kortes Parteikollegin schwebe sich in der B- batte am Donnerstag au- mangelnden Inhalt«. Si- die Vizepräsidentin des- dass der im Antrag vorg- desbeauftragte für Af- von der Regierung eing- solle. Die LINKE hingegen einen Beauftragten der- Unklar ist noch, wo der Beauftragte angesiedelt- Union präferiert das- ministerium, die SPD- Expertenkreis Antisemi- zugen hier das Kanzler- tion v- Zudem kritisierte Pau- der politischen Konkur- rierte Kämpferin geg- timenten gilt, dass man

## „Hohes Haus beschädigt sich selbst“

Unter der Überschrift „Hohes Haus beschädigt sich selbst“ schrieb **Friedrich Schorlemmer** zum Thema Nichtwahl Lothar Bisky / DIE LINKE, als Vizepräsident des Deutschen Bundestages am 17. Oktober 2005:

*Was wurde am 17. Oktober 2005 an der Person Lothar Bisky abgearbeitet? Der ganze Westfrust gegen Ost, der ganze Selbsthass von Ost auf Ost, die ganze Wut auf Oskar Lafontaines Verhalten, die ganze Empörung über den Wahlerfolg der Linkspartei...*

*Warum hat der Bundestag – das Hohe Haus! – sich selbst in freier und geheimer Wahl dreimal so beschädigt, indem so viele Abgeordnete einen persönlich integren linken Demokraten fortgesetzt so beschädigen und demütigen wollen?*

### Lothar Bisky (1941– 2013)

Dem aufrechten Demokraten verweigerte 2005 eine ach so Demokratische Mehrheit im Deutschen Bundestag die Wahl zum Vizepräsidenten des hohen Hauses. Er war halt ein LINKER.



*Wenn schon nicht Stasi, dann doch SED – ohne genauer zu schauen, was Bisky früher getan oder unterlassen hat. „SED“ wird inzwischen politisch quasi wie eine Steigerungsform von „NSDAP“ behandelt.*

*Dabei war Bisky nicht einmal Grenzer oder ZK-Mitglied, ist nicht durch ideologisch enge Aufsätze aufgefallen. Und gewisse fachliche Fähigkeiten hatte er zu allem Ärger auch noch – sieht man von seinen persönlichen Qualitäten einmal ab.*

*Ich persönlich hatte in den letzten fünfzehn Jahren mehrfach Gelegenheit, mit ihm öffentlich oder von Mensch zu Mensch zu sprechen. Dabei haben wir auch grundsätzliche Differenzen gehabt. Darüber konnten wir stets offen, erwachsen, sogar humorvoll miteinander reden. In den kritischen Monaten im Herbst 1989 hat er früh für echte Demokratie Flagge gezeigt und seit 1990 hat er sich in vielfältigen Funktionen als ein linker Demokrat bewährt – auch von Gegnern geachtet.*

*Nun hat nach einem Zwischendesaster die PDS nicht zuletzt dank seines Wiederantretens ein neues Zwischenhoch erreicht. Mag man den*

Bei der Mehrheitsbeschaffung gibt es auf der politische Bühne hierzulande gegenwärtig bedenkliche Praktiken. Mit wem, mit wem nicht? - Der AfD gelingt, was vor nicht allzu langer Zeit noch einem LINKEN verwehrt wurde. Erinnerung sei hier an Lothar Bisky.

Umbenennungs- statt Neugründungsprozess der SED/PDS/Neue Linke sehr kritisch sehen, so ist doch unbestreitbar, dass die PDS bisher weit mehr zu ihrer eigenen Vergangenheitsklärung beigetragen (allen Versuchen der Verklärung zum Trotz) als alle ehemaligen Blockparteien, die sich weitgehend einfach auf die Dominanz der SED herausgeredet haben.

Wenn Ost und West wirklich zusammenwachsen wollen, muss der Stil im Umgang mit ehemaligen SED-Mitgliedern und sonstigen „Staatsnahen“ der DDR sich endlich ändern, ja erst zivilisieren; sonst provoziert man gerade das, was man verhindern möchte: die Spaltung und Radikalisierung...



Friedrich Schorlemmer, Jahrgang 1944, ist Studienleiter bei der Evangelischen Akademie Sachsen-Anhalt.

Wir brauchen offene, auf Augenhöhe und von einem Grundrespekt getragene Auseinandersetzung über die drängenden Fragen, die uns unsere globale marktradikale Zukunft stellt. Dabei kann man linke Demokraten wie Lothar Bisky gut gebrauchen. Aber ich höre schon das Geheul auf der einen und das Geheul auf der anderen Seite. Innere Souveränität wird jetzt gerade dem unmittelbar Betroffenen und seinen politischen Freunden abverlangt werden, denn die Mehrheit im Bundestag hat sie bis dato nicht – eine erste große Bewährungsprobe für den neuen respektablen Bundestagpräsidenten.

Ceterum censeo: Ich bin und bleibe mit guten Gründen Sozialdemokrat, weil Wünschbares und Erreichbares zusammenbleiben müssen.

**Links aber ist kein Schimpfwort, sondern eine Verpflichtung für sozial denkende Demokraten.**

**Derweil Alte Sächsische Zustände**

**Wer ist wem genehm?**

Etwas der ehemalige TU- Chemnitz Prof. Eckhard Jesse? Ja man erinnert sich, das war der, der zum Umgang mit der LINKEN gemeinsam mit dem damaligen CDU-Fraktionschef Steffen Flath für die CDU in einem Grundsatzpapier der Sachsen CDU bestimmte, man dürfe "NICHT ANTIFASCHISTISCH" sein. Und fortan war das

wohl auch Leitschnur für Verfassungsschutz, Justiz, Polizei etc. in Sachsen.

Unvergessen auch das Winden und Zieren des damals mächtigen CDU-Landtagsfraktionsvorsitzenden **Fritz Hähle** bei einer Kundgebung im Chemnitzer Schauspielhaus anlässlich "100 Tage NPD im Sächsischen Landtag". - Dabei war er nur gebeten worden, gemeinsam mit allen anderen demokratischen Parteien und Organisationen, also auch mit Abgeordneten der LINKEN, eine Protestresolution zu verabschieden.

**CDU, SPD und Grüne Keulenschwinger**

#### NACHRICHTEN

##### STASI-UNTERLAGEN

### Beauftragter erhält weitere Aufgaben

tizministerium angesiedelt. Ein entsprechender Gesetzentwurf von CDU, SPD und Grünen wurde gestern beschlossen. Die Arbeit des Stasi-Beauftragten bezieht sich künftig nicht mehr nur auf die Tätigkeit des MfS, sondern auch auf die SED-Diktatur und das Wirken anderer Parteien und Massenorganisationen. Zudem ist nun auch der Zeitraum der Sowjetischen Besatzungszone von 1945 bis 1949 im Fokus. (dpa)

Die LINKEN wurden gar nicht gefragt.

**Und weiter geht's - Establishment hält altes Thema am köcheln**

#### NACHRICHTEN

##### SED-UNRECHT

### Rehabilitierung soll länger möglich sein

BERLIN – Die Bundesländer wollen eine Rehabilitierung von Opfern der Willkür in der DDR auch über das Jahr 2020 hinaus ermöglichen. Der Bundesrat verabschiedete gestern eine Entschließung, die die Bundesregierung zu einer Aufhebung der Fristen in den SED-Unrechtsbereinigungsgesetzen auffordert. Gleichzeitig soll auch die Überprüfung auf Stasi-Tätigkeit länger möglich sein.

UNRECHT, damals - wer bestimmt heute?

## Bei anderen gelesen...

In einem Aufsatz zum 30. Januar 1933 und der Fragen an einen zeitgemäßen Antifaschismus verlangte Manfred Weißbecker in der Tageszeitung neues Deutschland: Gegen den heutigen Marsch in eine andere, eine stärker rechtsorientierte Republik bedarf es einer konsequent-alternativen Politik. Wir zitieren hier daraus. Der Beitrag ist überschrieben mit

### Warum Hitler Kanzler wurde

»Und nun meine Herren, vorwärts mit Gott!«, ruf Reichspräsident Paul von Hindenburg, nachdem er am Mittag des 30. Januar 1933 Adolf Hitler zum Kanzler ernannt hat. Ein verhängnisvolles Datum.

Jeder kann und sollte wissen, wohin jener geschichtsträchtige Tag geführt hat. Er bescherte den Deutschen eine von Hitler geleitete Regierung, die eine »der nationalen Konzentration« sein wollte. Hinter der schönenden Bezeichnung verbarg sich das Bündnis der konservativen Deutschnationalen Volkspartei mit der NSDAP, eine Allianz, die seit der im Jahre 1929 geschlossenen »Harzburger Front« eine wechselvolle Geschichte des Miteinanders und des konkurrierenden Gegeneinander erlebt hatte. Der Weimarer Republik und ihren parlamentarisch-demokratischen Grundlagen war nicht allein von den Nazis der Todesstoß versetzt worden. Es entfaltete sich nun - auch mit Unterstützung anderer bürgerlicher Parteien, die alle dem Ermächtigungsgesetz zustimmten - eine neue, eine terroristische Diktatur sondergleichen...

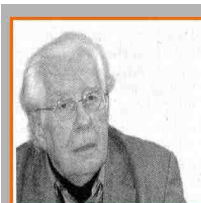
Es verwundert also keineswegs, wenn angesichts der Rechtsentwicklung in Deutschland und in anderen Ländern vergleichend zurückgeschaut wird. Mitunter wird auch von einer neuen NSDAP gesprochen; verständlich angesichts des in der AfD verwendeten Vokabulars, das von einigen offen provokant, von anderen taktisch gezielt oder auch dümmlich verwendet wird, warnend vor einer »Umvolkung«, vor »Mischvölkern« und drohendem Untergang der Deutschen, hoffend auf neue »tausend« Jahre eines deutschen Reiches. Auf jeden Fall kennt man sich gut aus im Sprachmissbrauch der Nazis, in deren nationalistisch-völkischen Schlagworten und Denkstrukturen...

Wer sich heute mit dem 30. Januar 1933 befasst, sollte insbesondere fragen, von wem, wann, wo und wie die Wege dahin beschritten worden

waren. Da kann kein Zweifel aufkommen an der Schuld deutscher Eliten, erwachsen aus ihren generellen innen- und außenpolitischen Machtorientierungen, auch wenn diese zugleich auf konkurrierenden Teilinteressen beruhten.

Grundsätzlich ging es um eine weitgehende Revision der Ergebnisse des Ersten Weltkrieges sowie denen der Novemberrevolution von 1918/19...

Mehr und mehr kommt auch in Mode zu behaupten, die Herrschenden hätten 1933 gar



Manfred Weißbecker, geboren am 8. Februar 1935 in Chemnitz, war Professor an der Friedrich-Schiller-Universität Jena und von 1983 bis 1990 Dekan der Gesellschaftswissenschaftlichen Fakultät an der Thüringer Alma mater. Er arbeitete am Standardsetzenden Handbuch »Die bürgerlichen Parteien in Deutschland 1830 - 1945« sowie am vierbändigen »Lexikon zur Parteiengeschichte« mit. Foto:CC/bunnyfrosch

nicht anders handeln können, da sie dem Denken und den Wünschen der Massen hätten Folge leisten müssen. Da geriet wohl zu einem Orientierungs-Motto, dem der damalige Bundespräsident Joachim Gauck am 22. Juni 2016 im ARD-Gespräch Ausdruck verlieh: »Nicht die Eliten sind das Problem, die Bevölkerungen sind im Moment das Problem.« Geht es noch schlichter? Lassen sich Schuldfragen auf innenpolitischer Ebene so klären wie auf der internationalen und außenpolitischen Ebene, wo jeder Konflikt, jede Untat anderen, zumeist jedoch den Russen in die Schuhe geschoben wird?

Zu erinnern wäre in unserer Zeit indessen auch an die Tatsache, dass es unter den Linken viel Streit über Begriff und Inhalt des Faschismus gibt, ja, dass einige Debatten sich schier endlos um sich selbst drehen und so das zu klärende Gesicht eines Antifaschismus im 21.

Jahrhunderts außerordentlich belasten...

Eine tiefgründige Analyse der Welt von heute ist erforderlich...

Alles, was uns heute begegnet, am traditionellen Faschismus und in Deutschland am Nazifaschismus zu messen, ist notwendig. Daran bleibt nichts zu deuteln. Dieses Messen indessen zum wichtigsten oder gar alleinigen Kriterium zu erheben, wird in die Irre führen. Notwendig sind neue Analysen einer neuen Situation. Es stellen sich neue Fragen an einen zeitgemäßen Antifaschismus. Schlichte historische Vergleiche verbieten sich.

Birgt nicht manches in der Welt von heute möglicherweise noch viel größere Risiken in sich, als sie in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts über die Welt gebracht wurden? ... Die Barbarei im Umgang von Menschen mit »anderen« Menschen - gleich ob als rassisch

definiert, als dumm diffamiert oder als sozial minderwertig und entbehrlich angesehen - könnte ein neues, dann wohl aber endgültiges Maximum finden. ..

Gegen den heutigen Marsch in eine andere, eine stärker rechtsorientierte Republik bedarf es einer konsequent-alternativen Politik. Mit ihr wäre anzustreben: Empörung statt Hinnahme und Resignation, aktiver Widerstand statt duldsamer Anpassung, Gegendruck statt schrittweiser Gewöhnung an das jetzt von Herrschenden Gewollte. Da Alltagsbewusstsein und -verhalten aus einem komplexen und außerordentlich vielgestaltigen Bündel politischer, sozialer, ökonomischer, kultureller, religiöser und auch mentaler wie sozialpsychologischer Faktoren erwachsen, wären zugleich jene materiellen, sozialen, geistigen und weltanschaulichen Grundlagen zu enthüllen, die dazu führen können, dass viele Menschen in Unkenntnis und selbstverschuldeter Ohnmacht menschenfeindliche Handlungsmotive nicht erkennen, gewaltsamen Aktionen zu wenig widerstehen oder gar neue Kriege akzeptieren. Damals wie heute.



Vom britischen Philosophen John Stuart Mill stammt der Satz: »Da keiner die Wahrheit besitzt, ist es gut, um die Wahrheit zu streiten.« Gabriele Krone-Schmalz streitet mutig um die Wahrheit. Seit Jahr und Tag. Und das ist auch gut so. Sie lässt sich nicht beirren von den Politik- und Mediengurus hierzulande, die jene als »Trolle«, »Agenten des Kremls« oder »Verschwörungstheoretiker« bezeichnen, die der Wahrheit auf den Grund gehen und verstehen wollen, wie es zur neuen Eiszeit zwischen dem Westen und Russland kommen konnte. »Wissen Sie noch, wie es in den Hochzeiten des Kalten Krieges war?«, fragt sie eingangs ihres neuen Buches die Leser. »Wer eine antisowjetische Politik betrieb, zählte zu den ›Guten‹, auch wenn er Pinochet, Suharto oder Reza Schah Pahlavi hieß. Wer westlichen Interessen in die Quere kam, steckte gewiss mit Moskau unter einer Decke und gehörte beseitigt, wie Allende in Chile, Lumumba im Kongo, Mossadegh im Iran, Sukarno in Indonesien oder

Nasser in Ägypten. Der Kalte Krieg war eine Zeit zynischer geostrategischer Interessenpolitik - auf beiden Seiten des Eisernen Vorhangs. Und nicht selten verstellten die klaren Feindbilder den Blick auf die Realität.«...

»Wie kommt es«, fragt sich nicht nur Gabriele Krone-Schmalz, »dass kaum ein Tag vergeht, ohne dass die neuesten russischen Untaten angeprangert werden? Der russische Präsident Wladimir Putin erscheint in Politik und Medien geradezu als Inkarnation des Bösen, dem man auf keinen Fall trauen kann und der nichts Gutes im Schilde führt, selbst wenn er mit Blick auf internationale Krisenherde konstruktive Vorschläge macht.« Die Autorin räumt ein: »Sicher: Es gibt viel zu kritisieren an Putins Politik. Aber ist er wirklich der omnipotente Bösewicht, wie ihn sich Ian Fleming, der Erfinder von James Bond, nicht besser hätte ausdenken können?«...

Ausführlich rekapituliert sie den Zusammenbruch Russlands unter Boris Jelzin, was - wie sie spitz anmerkt - dessen Popularität im Westen vermutlich nicht geschadet hat. Sie listet auf, was Russland faktisch mit dem Auseinanderbrechen der UdSSR abhandengekommen ist: mehr als fünf Millionen Quadratkilometer, eine Fläche, eineinhalbmal so groß wie Indien, darunter hoch entwickelte Gebiete (im Westen) und die bevölkerungsreichsten (in Zentralasien).

...Unter die Lupe genommen hat Gabriele Krone-Schmalz auch den »Joint Hometown News Service«, eine Dienststelle des US-amerikanischen Verteidigungsministeriums, die Wort- und Bildberichte produziert, um diese ohne Quellenangabe den Medien zuzuspielen. Mit 27 000 Mitarbeitern und jährlich 4,7 Milliarden US-Dollar ausgestattet, soll das Medienimperium des Pentagon die Interpretation internationaler Konflikte und Kriege weltweit diktieren. Eine Erfahrung aus dem Vietnamkrieg...

Sie schließt mit dem ermunternden Plädoyer: »Selber denken!« Mittlerweile tun dies einige Verantwortungsträger... Nun denn, wer Handel miteinander führt, führt keinen Krieg gegeneinander. Indes, sich allein der Profite wegen anständig und fair anderen Völkern und Staaten gegenüber zu verhalten, wäre ein menschliches Armutszeugnis.

Aus einer Rezension von Karlen Vesper nd 2.Febr. 2018

Gabriele Krone-Schmalz: Eiszeit. Wie Russland dämonisiert wird und warum das so gefährlich ist. C. H. Beck, 290 S., br., 16,95 €.